

Merkel in der Mangel

Konservatives Scherbengericht über die Kanzlerin: überschätzt. Seite 6



Keine Rektorin ohne Abitur

Christina Aster will eine Berliner Schule leiten – und darf es nicht. Seite 11

Foto: nd/Ulli Winkler

Europa in der Krise

Die EU muss sich linken Ideen öffnen oder sie scheitert. Seite 19

Foto: fotolia/rea_molko



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 20. Juni 2017

72. Jahrgang/Nr. 141

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Die Schwäche der anderen

Nelli Tügel über absolute Mehrheiten bei den französischen Wahlen

Der Hype um den neuen französischen Präsidenten Emmanuel Macron hat mit der zweiten Runde der Parlamentswahlen bereits deutlich nachgelassen. War letzte Woche noch von einer »Macron-mania« die Rede, von »Durchmarsch« und »Erdbebensieg«, fallen die Kommentare nun zurückhaltender aus. Zu Recht, denn Macrons junge Partei La République en Marche mag die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung erringen haben. Wirklich bemerkenswert aber ist eine andere absolute Mehrheit, nämlich die der Nichtwähler.

Da 57 Prozent der Wahlberechtigten zu Hause blieben, sind die hohen Ergebnisse für En Marche nicht zu verwechseln mit einem hohen Vertrauensvorsprung für Macron. Seine Stärke ist vor allem die Schwäche der anderen, besonders der Sozialisten und Republikaner. Die FN konnte zwar Sitze hinzugewinnen, ihr Potenzial aber nicht ausschöpfen. Und auch Mélenchons Linksfront LFI war nicht in der Lage, viele Nichtwähler hinter dem Ofen hervor zu locken. Der »staatsbürgerliche Generalstreik«, von dem Mélenchon angesichts der mageren Wahlbeteiligung spricht – er betrifft auch seine eigene Bewegung.

Erst jetzt, nach den Wahlen, wird Macron tatsächlich regieren. Seine Pläne zur Arbeitsmarktreform, die an der Politik des Vorgängers Hollande anknüpfen, lassen an der versprochenen »Erneuerung« zweifeln. Wahrscheinlicher scheint, dass das – sich in der geringen Wahlbeteiligung manifestierende – Misstrauen vieler Franzosen rasch Bestätigung findet.

UNTEN LINKS

Für neue Gesetze gegen gezielte Falschnachrichten spricht sich laut einer Umfrage eine breite Mehrheit der Menschen hierzulande aus. Das ist einerseits eine gute Sache, würde andererseits aber viele Medien in Schwierigkeiten bringen. Künftig wären bei Einführung eines solchen Gesetzes nämlich Meldungen verboten, in denen behauptet wird, die Kredite an Griechenland seien »Hilfspaket«. Ebenso müssten alle Berichte aus dem Netz genommen werden, in denen Leute als »proeuropäisch« bezeichnet werden, die in der EU alles Schlechte so belassen wollen wie es ist – bis alles zusammenfällt. Kritisch könnte es auch für News über »Reformen« werden, mit denen noch jede bekloppte Politmaßnahme in den Rang von etwas angeblich Vernünftigen gehoben wird. Es könnte aber auch sein, dass es sich bei diesem Text hier um eine gezielte Falschnachricht handelt, mit der Falschnachrichten in Misskredit gebracht werden sollen, die noch gar nicht so heißen. Heiko Maas, übernehmen Sie! tos

Wanted: 15 000 Polizisten

Wahlkampfthema Innere Sicherheit – Kritik an Stellenabbau bei der Polizei



Foto: Reuters/Wolfgang Rattay

Berlin. Die SPD plädiert für mehr Videoüberwachung, Unionspolitiker wollen die Schleierfahndung bundesweit ermöglichen, bei der Menschen ohne Verdacht und ohne Anlass kontrolliert werden können: Die Wahlkampfdebatte über Innere Sicherheit und schärfere Gesetze ist in vollem Gange. Dabei sind in den vergangenen Jahren schon zahlreiche Gesetze verschärft worden. Gleichzeitig hat die Politik bei der Polizei gespart und Stellen abgebaut – nicht nur in Deutschland. Der britische Labourchef Jeremy Corbyn kritisierte kürzlich, der Ruf von Premierministerin May nach stärkerer Terror-

ismusbekämpfung passe nicht mit ihrer Entscheidung als Innenministerin zusammen, fast 20 000 Polizisten zu entlassen.

In Deutschland sei »die Polizeipräsenz in der Fläche kontinuierlich von den neoliberalen Nachtwächtern abgebaut worden, so dass viele das Gefühl haben, in total unsicheren Zeiten zu leben«, kritisiert der Linkspolitiker Jan Korte im Interview mit dem »neuen deutschland«. Er fordert, alle sogenannten Sicherheitsgesetze der letzten 15 Jahre zu überprüfen. Geklärt werden müsse, ob sie tatsächlich mehr Sicherheit gebracht oder nur die Freiheit eingeschränkt hätten. Zudem

brauche die Polizei mehr Personal, insbesondere für den Streifendienst.

Auch die SPD, die an der Sparpolitik der vergangenen Jahre mitgewirkt hat, plädiert nun für eine Wende und erklärte kürzlich, 15 000 neue Stellen bei der Polizei schaffen zu wollen. Aber ist das nun viel oder wenig? Das »nd« hat beim Statistischen Bundesamt nachgefragt, wie stark das Personal bei der Polizei in den vergangenen Jahren geschrumpft ist – um rund 16 000 Stellen. Für die Menschenrechtsorganisation Amnesty International sind mehr Polizisten nicht zwangsläufig eine Garantie für mehr Sicherheit. nd Seite 2

Mehrere Brandanschläge auf Bahn

Mutmaßlich linke Militante bringen Berufsverkehr durcheinander – G20-Gipfel als Motiv?

In mehreren Städten legen Unbekannte am Montagmorgen Teile des Bahnverkehrs lahm. Der Staatsschutz ermittelt – denn die Taten haben möglicherweise mit dem G20-Gipfel zu tun.

Berlin. Früher Montagmorgen, Berufsverkehr, und auf einmal gerät der Bahnverkehr gleich an mehreren Stellen in der Republik ins Stocken. Berlin, Hamburg, Köln, Dortmund, Leipzig und anderswo: An verschiedenen Orten legen Unbekannte Feuer in Bahnanlagen. Auf zahlreichen Strecken kommt es zu Zugausfällen und Verspätungen. In Berlin etwa, wo am S-Bahnhof Treptower Park vermutlich ein Feuer in einem Kabelschacht gelegt wurde, kommt es zu erheblichen Beeinträchtigungen im S-Bahnverkehr. Mehrere Linien sind betroffen.

In der Nacht zum Montag wurden laut Bundesinnenministerium 13 Anschläge verübt. Zudem seien zwei Brandsätze vor einer

Zündung sichergestellt worden. Ziel waren vor allem Kabel an Bahnstrecken. Menschen wurden nicht verletzt.

Die Bundespolizei, die für die Sicherheit von Bahnanlagen zuständig ist, hatte die Zahl der Anschläge zunächst mit zwölf angegeben – weil ein Feuer in einem Kabelschacht auf dem Gelände des Bremer Güterverkehrszentrums neben den Gleisen in der Nähe zum Hafen in die Zuständigkeit der örtlichen Polizei falle. In Bremen sagte eine Sprecherin der Behörde, ein Zusammenhang zu den anderen Vorfällen werde geprüft.

Auf der Internetplattform »linksunten.indymedia.org« tauchte am Montag schließlich ein mögliches Bekenner schreiben auf. Darin bezichtigen sich unbekannte Täter unter dem Titel »Kurze Unterbrechung der Reibungslosigkeit anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg«, Kabelstränge in Brand gesetzt zu haben. Aus Si-

cherheitskreisen hieß es, das mutmaßliche Bekenner schreiben passe ins »Raster«. Es sei aber noch unklar, ob es authentisch sei.

Indymedia versteht sich als offene Plattform zur freien Verbreitung von Informationen. In der

»Kurze Unterbrechung der Reibungslosigkeit anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg«

Überschrift eines möglichen Bekenner-schreibens

Vergangenheit waren dort im Zusammenhang mit Bekenner-schreiben zu Straftaten auch Fälschungen aufgetaucht. Der Sprecher des Bundesinnenministeriums sagte, es sei noch zu früh für Aussagen, ob es einen Zusammenhang zwischen den Angriffen

und dem bevorstehenden Gipfel gebe.

Am Nachmittag teilte die Deutsche Bahn mit, nach den abgeschlossenen Ermittlungen an den Brandorten arbeiteten nun Techniker daran, die Schäden zu beseitigen. Der Zugverkehr werde nach und nach wieder aufgenommen. Es gab aber noch Einschränkungen. Die Bahn setzte nach eigenen Angaben zusätzliche Mitarbeiter ein.

Es waren nicht die ersten Anschläge dieser Art auf technische Bahnanlagen. Im Mai 2011 war nach einem Feuerangriff auf eine Kabelbrücke am Berliner Bahnhof Ostkreuz ein großer Teil des Nahverkehrs zusammengebrochen. Die Polizei hielt ein im Internet verbreitetes Bekenner schreiben aus der linksautonomen Szene für authentisch. Demnach wollte eine Gruppe mit dem Namen Hekla mit der Aktion gegen den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr protestieren. Agenturen/nd

Macron kann durchregieren

Weniger denn je gingen wählen Vorfälle auf den Champs-Élysées

Paris. Mit einer starken absoluten Parlamentsmehrheit kann Frankreichs Präsident Emmanuel Macron seine Politik angehen. Dafür werde Macron das noch neue Kabinett technisch umbilden, sagte Regierungssprecher Christophe Castaner dem Sender RTL am Montag. Premierminister Edouard Philippe werde im Amt bleiben und die Reformregierung werde geringfügig angepasst. Macrons Mitte-Lager war bei der Wahl am Sonntag aus dem Stand auf 350 der 577 Sitze in der Nationalversammlung gekommen. Allerdings trübte die historisch niedrige Wahlbeteiligung den Erfolg des Präsidenten. Das Parlament wird zu drei Vierteln mit Politneulingen besetzt sein. Die Opposition ist stark geschwächt und zersplittert.

Auf dem Pariser Prachtboulevard Champs-Élysées hat am Montag ein Mann ein Auto in ein Polizeifahrzeug gelenkt. Der Fahrer wurde schwer verletzt und soll womöglich tot sein; bei ihm wurde eine Waffe gefunden. Die Ermittler gehen von einer absichtlichen Tat aus. Agenturen/nd Seiten 2 und 4

Neuer Höchststand bei Flüchtlingen

65,6 Millionen Menschen betroffen Pro Asyl fordert »offenes Europa«

Genf. Die Zahl der von Flucht und Vertreibung betroffenen Menschen hat nach Angaben der Vereinten Nationen einen neuen Höchststand erreicht: Ende 2016 waren weltweit insgesamt 65,6 Millionen Menschen auf der Flucht, wie aus dem am Montag veröffentlichten Jahresbericht des Flüchtlingshilfswerks UNHCR hervorgeht. Anlässlich des Weltflüchtlingstags an diesem Dienstag forderten Pro Asyl und andere Vereine ein »offenes Europa« für Flüchtlinge.

Dem UNHCR zufolge waren Ende des vergangenen Jahres 300 000 Menschen mehr auf der Flucht als ein Jahr zuvor. 2015 waren noch 5,8 Millionen neue Flüchtlinge registriert worden. Obwohl sich der Anstieg damit verlangsamt habe, sei die hohe Gesamtzahl der Flüchtlinge trotzdem »nicht zu akzeptieren«, erklärte Flüchtlingskommissar Filippo Grandi in Genf. Am höchsten war Ende 2016 weiter die Zahl der Binnenvertriebenen: Die Zahl der Menschen, die innerhalb ihres Heimatlandes geflohen sind, lag bei 40,3 Millionen. AFP/nd Seiten 4 und 7

Steuerwahlkampf jetzt auch mit SPD

Konzept sieht Entlastungen für mittlere und niedrige Einkommen vor

Berlin. Die SPD will Beziehern großer Einkommen mehr Steuern abverlangen und dafür untere und mittlere Einkommen entlasten. »Das ist ein Konzept für mehr Steuergerechtigkeit in Deutschland«, sagte Kanzlerkandidat Martin Schulz am Montag in Berlin bei der Vorstellung des SPD-Steuerkonzepts. Dieses sieht auch Investitionen und eine Entlastung für Geringverdiener bei Sozialbeiträgen vor.

Den Plänen der SPD zufolge soll der Spitzensteuersatz auf 45 Prozent erhöht werden, aber erst ab einer Einkommensgrenze von 76 000 Euro gelten. Dafür wollen die Sozialdemokraten den Tarifverlauf im mittleren Bereich abflachen. Insgesamt soll dieser Teil des Steuerkonzepts aufkommensneutral sein. Allerdings soll zusätzlich zunächst für Geringverdiener der Solidaritätszuschlag ab 2020 entfallen, später dann für alle Steuerzahler. Für Beziehern niedrigerer Einkommen ist zudem eine Entlastung bei den Sozialbeiträgen vorgesehen. Dies soll für alle gelten, die zwischen 450 und 1300 Euro monatlich verdienen. AFP/nd Seiten 4 und 5

ISSN 0323-3375

